

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

Schaut man sich in diesen Tagen die Kommentare von Politikexperten und Ökonomen zur Europäischen Einigung an, kann man den Eindruck gewinnen, sich in Europa auf einem sinkenden Schiff zu befinden. Der Grundton vieler Analysen der ökonomischen und sozialen Situation auf dem Kontinent ist auffallend pessimistisch, nicht selten wird das Scheitern der Europäischen Union als Ganzes angekündigt oder zumindest suggeriert. Bei der Beschreibung der Ursachen der so dramatisch dargestellten Lage unterscheiden sich die Texte allerdings ganz erheblich. So erklärt der Wirtschaftsjournalist Rainer Hank in der Zeitschrift „Merkur“, der Kern des Übels bestünde in der Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität. Der Euro sei eine Fehlkonstruktion, auch, weil er Länder aneinander binde, die ökonomisch und politisch nicht zusammenpassten. „Wenn schon Belgien nicht zusammenhält,“ schreibt er, „wenn angesichts der Krise gewichtige Gruppen in Katalonien oder Südtirol los von Madrid oder Rom wollen, woher sollen dann plötzlich die Kohäsionskräfte kommen, die nötig wären für einen neuen zentraleuropäischen Integrationsprozess?“¹

In das gleiche Horn stößt der britische Historiker und Ökonom Howard Davies, wenn er Europa ein „verlorenes Jahrzehnt“ ankündigt, weil die Europäische Kommission sich weigere, die ökonomischen Realitäten anzuerkennen. Der erste Schritt zu einer klugen Lösung der Probleme sei „die Einsicht, dass es keine einheitliche EU-Volkswirtschaft gibt.“ Tatsächlich habe der Euro weder dazu beigetragen, die staatenübergreifende wirtschaftliche Integration bedeutend voranzutreiben, noch habe er die Konjunkturzyklen der einzelnen Mitgliedstaaten aneinander angepasst. „Alles andere zu behaupten, wäre reine Zeitverschwendung.“² Ulrike Guérot, Leiterin des Berliner Büros des European Council of Foreign Relations, meint dagegen gerade umgekehrt, dass der Realitätsverlust darin bestehe, dass die europäischen Bürger und ihre Politiker noch nicht verarbeitet hätten, dass die nationalen Grenzen de facto bereits abgeschafft seien.³

Geradezu dramatisch zeichnet der Bonner Politikwissenschaftler Dominik Geppert die Lage. Er sieht im Euro den Keim zu einer Spaltung Europas: „Wenn unsere Kinder und Enkel die Rechnungen nicht nur des eigenen, sondern auch anderer Staaten begleichen müssen, überdehnen wir unsere Wirtschaftskräfte und gefährden unsere Demokratie.“⁴ Der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige griechische Finanzminister Yannis Papantoniou meint dagegen genau umgekehrt, dass die Demokratie und der Zusammenhalt in

-
- 1 Rainer Hank: Solidaritätsverbot. Zur Theorie nationalstaatlicher Souveränität in Europa. In: Merkur 67, 2013, S. 14-24. Dort S. 21.
 - 2 Howard Davies: Europas verlorenes Jahrzehnt. In: Internationale Politik Juli/August 2013, S. 8-10. Dort S. 10.
 - 3 Ulrike Guérot: Zwischen Haushalts- und Legitimationsdefizit: Zur Zukunft der europäischen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 63/6-7, 2013, S. 3-10.
 - 4 Dominik Geppert: Halbe Hegemonie: Das deutsche Dilemma. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 63/6-7, 2013, S. 11-16.

Europa in Gefahr gerieten, wenn die Schulden der Krisenländer im Süden des Kontinents nicht durch stärkere Ausgaben der stabileren Länder im Norden ausbalanciert würden.⁵

Bemerkenswert ist, dass alle diese Analysen mit dem Tonfall größter Gewissheit formuliert werden, und doch zeichnen sie, weil sie inhaltlich extrem unterschiedlich sind, zusammengenommen ein Bild der Orientierungslosigkeit. Vielleicht ist gerade dies das Kennzeichen einer echten Krise: Alle glauben zu wissen, wo es lang geht – und deuten in verschiedene Richtungen. Die einzige echte Gemeinsamkeit der meisten dieser Beiträge besteht darin, dass sie den Untergang beschwören, wenn auch mit gegensätzlichen Begründungen. Und noch etwas stimmt überein: Viele Autoren nehmen ganz selbstverständlich an, dass die Schuldenkrise der letzten Jahre die Akzeptanz der Europäischen Einigung bei den Völkern dauerhaft beschädigt habe. Rainer Haak meint, die Europabegeisterung der Menschen sei „auf einem Tiefpunkt angelangt“,⁶ Yannis Papantoniou warnt vor einer „gefährlichen Ablehnung“ Europas in der Bevölkerung⁷ und Dominik Geppert meint – erneut besonders dramatisch –, Helmut Kohls Bemerkung, der Euro sei eine Frage von Krieg und Frieden (gemeint war damit natürlich: Die Einführung des Euro werde den Frieden in Europa sichern), habe sich als falsch erwiesen: „Augenblicklich schürt die gemeinsame Währung Zwietracht in Europa, sie weckt nationale Ressentiments, die man überwunden glaubte.“ Der Gedanke einer supranationalen europäischen Gemeinschaft zur Bändigung aggressiver Nationalismen sei in sein Gegenteil verkehrt worden.⁸

Doch stimmt das wirklich? Dass sich die Euro-Zone und mit ihr die Europäische Einigung in einer Krise befinden, dürfte kaum bestritten werden. Doch eine Krise ist nicht zwangsläufig die Vorstufe zum Untergang. Es ist im Gegenteil das besondere Kennzeichen einer Krise, dass ihr Ausgang ungewiss ist. Der Begriff der Krise stammt aus der Medizin. Dort bezeichnet er, wie es in „Mayers Enzyklopädischem Lexikon“ heißt, den Höhepunkt eines Krankheitsverlaufs, was eine plötzliche Verschlechterung bei einer chronischen Krankheit bedeuten könne, aber auch „die dramatische Wendung einer Krankheit zur Heilung.“⁹ Schaut man sich die aktuellen Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach zur Akzeptanz der Europäischen Einigung in der deutschen Bevölkerung an, scheint es noch keineswegs sicher, dass die Schuldenprobleme der letzten Jahre tatsächlich dem Europagedanken dauerhaft geschadet haben. Es gibt im Gegenteil sogar Hinweise darauf, dass er – zumindest bei den Deutschen – am Ende der Krise eher gestärkt worden sein könnte.

Kurzzeitiger Vertrauensverlust

Tatsächlich sah es noch vor zwei Jahren so aus, als habe die traditionelle Europafreundlichkeit der deutschen Bevölkerung unter dem Eindruck der nicht abreißen lassen Nachrichten über immer neue Schuldenrekorde in Griechenland, Irland und anderen Euroländern doch ernsthaft Schaden genommen. Nach Ausbruch der Griechenland-Krise im Frühjahr 2010 sank der Anteil derjenigen, die sagten, sie hätten großes Vertrauen in die Europäische Union, binnen weniger Wochen von 37 auf 26 Prozent.¹⁰ Die Zahl derer, die der Aussage

5 Yannis Papantoniou: Der Glaube schwindet. In: Internationale Politik Juli/August 2013, S. 13-15.

6 Haak 2013, S. 22.

7 Papantoniou 2013, S. 15.

8 Geppert 2013, S. 11-12.

9 Krisis. In: Meyers Enzyklopädisches Lexikon Bd. 14. Mannheim: Bibliographisches Institut 1975, S. 372.

zustimmten, Europa sei „unsere Zukunft“, ging von April 2010 bis Januar 2011 von 53 auf 41 Prozent zurück.¹¹ Solche ruckartigen Meinungsänderungen sind in der Umfrageforschung außerordentlich selten, vor allem dann, wenn es sich, wie hier, um eher allgemein gehaltene Fragen handelt. Die Zahlen vermittelten den Eindruck eines Dammbrechens. Schon in den Jahren zuvor hatte sich in der Bevölkerung angesichts vieler Entwicklungen in Europa ein leises, aber stetig wachsendes Unbehagen breit gemacht, jedoch ohne die grundsätzlich positive Haltung der Bürger gegenüber dem Einigungsprozess im Kern zu gefährden. Nun aber schien die Geduld der Deutschen erschöpft zu sein, und deutlich erkennbar machte sich Nervosität breit. Auf dem Höhepunkt der Vertrauenskrise im Herbst 2011 sagten 62 Prozent der Deutschen, die Situation in der Euro-Zone beunruhige sie „sehr stark“ oder „stark“.¹² Diese Befunde decken sich mit den Analysen Ulrike Guérots, die auf einer Tagung der UBS in Frankfurt am 28. Juni 2013 darlegte, dass es im Herbst 2011 einen kurzen Moment gegeben habe, an dem die Gefahr bestand, dass die deutsche Debatte über die Situation in Europa außer Kontrolle gerät und von zielloser Panik bestimmt wird.¹³ International vergleichende Studien zeigen deutlich, dass nicht nur in Deutschland, sondern auch in den meisten anderen Ländern der Gemeinschaft das Vertrauen in die Europäische Union in kurzer Zeit dramatisch zurückging.¹⁴

Doch seitdem hat sich die Aufregung wieder weitgehend gelegt. Obwohl die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in vielen Ländern der Europäischen Union keineswegs gelöst sind und die Bevölkerung deswegen auch durchaus besorgt ist, nähert sich das Europabild der Deutschen wieder der Situation vor Ausbruch der Krise in Griechenland an. Erkennbar ist dies beispielsweise an den Antworten auf die Frage „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union?“ Im Jahr 2011 sagten 68 Prozent der Deutschen, sie hätten „nicht so großes“ oder „gar kein Vertrauen“ in die Gemeinschaft. Heute sind es 60 Prozent und damit weniger als im Jahr 2010. Die Zahl derer, die sehr großes oder großes Vertrauen in die Europäische Union haben, ist seit 2011 von 24 auf 33 Prozent gestiegen, das sind ebenso viele wie im Jahr 2007. Damit zeigt sich die Bevölkerung insgesamt zwar noch immer sehr misstrauisch, doch die Werte haben wieder das Niveau der Zeit vor Ausbruch der Schuldenkrisen erreicht (Grafik 1).

10 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10052, 10053, 10055.

11 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10053, 10066.

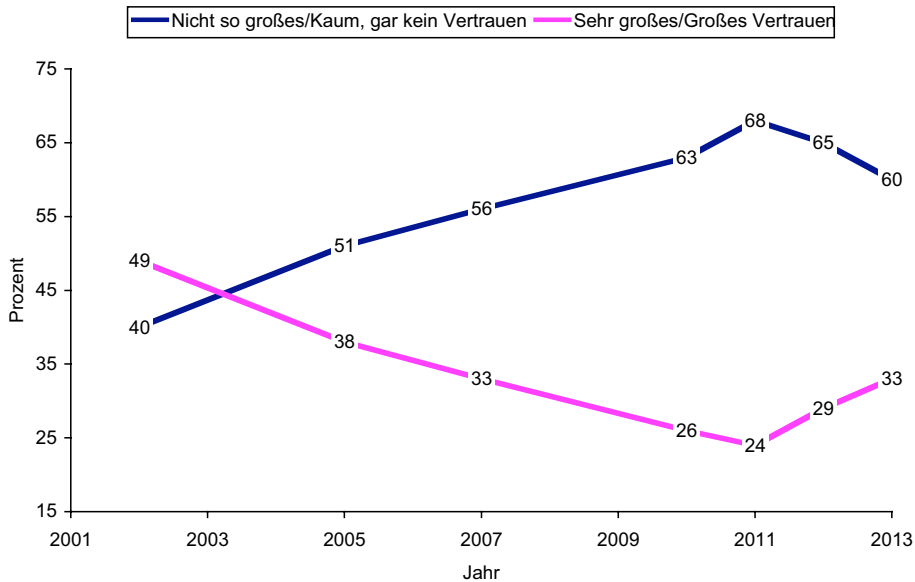
12 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10082.

13 Ulrike Guérot: How will Germany change after the election. Vortrag, gehalten auf der Tagung „Changes for Germany – Changes for Europe? Economics and politics beyond the German 2013 election outlook 2013.“ Frankfurt, 28. Juni 2013.

14 Vgl. Jose Ignacio Torreblanca, Mark Leonard: The continent-wide rise of euroscepticism. European Council of Foreign Relations Policy Memo Nr. 79, Mai 2013. Siehe bes. S. 3.

Grafik 1: Das Vertrauen zur Europäischen Union wächst wieder

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, nicht so großes Vertrauen, kaum, gar kein Vertrauen?“¹⁴



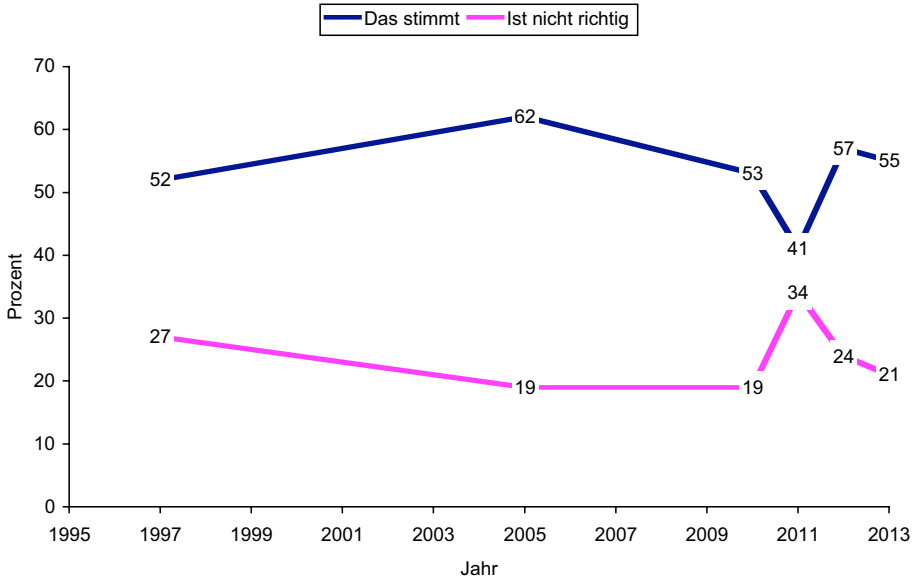
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11010.

Was in den Jahren 2010 und 2011 wie ein Dammbbruch wirkte, erscheint rückblickend eher wie eine kurze Fieberphase. Beispielhaft lässt sich das illustrieren mit der bereits erwähnten Frage „Wenn jemand sagt: ‚Europa ist unsere Zukunft.‘ Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?“ „Das stimmt“ sagten seit 1997, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, stets deutliche Mehrheiten der Bevölkerung. Nach dem Einbruch auf 41 Prozent im Jahr 2011 lag der Wert 2012 wieder bei 57 Prozent. Heute liegt er mit 55 Prozent auf dem gleichen Niveau (Grafik 2). Von der Alarmstimmung des Jahres 2011 ist zwei Jahre danach praktisch nichts mehr übrig geblieben.

Angesichts der Schwere der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme in Europa erscheint es rückblickend bemerkenswert, wie wenig sich selbst auf dem Höhepunkt der Krise vor zwei Jahren das allgemeine Urteil der Deutschen über die Europäische Einigung verändert hat. Viele Trendfragen zu diesem Thema zeigen selbst in den kritischen Jahren 2010 und 2011 kaum Schwankungen, beispielsweise die Frage „Hat Deutschland durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“ Im Mai 2008, vor Ausbruch der Krise, sagten 21 Prozent, Deutschland habe durch seine EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile, 31 Prozent sahen mehr Nachteile, eine relative Mehrheit von 38 Prozent meinte, die Vor- und Nachteile gleichen sich wohl aus. Seitdem ist die Frage zehn Mal wiederholt worden, und immer waren die Antworten praktisch die gleichen. Im Juli 2013 sagten 25 Prozent, die EU-Mitgliedschaft habe vor allem Vorteile, 27 Prozent glaubten, die Nachteile überwiegen.¹⁵

Grafik 2: Zukunft Europa

Frage: „Wenn jemand sagt: ‚Europa ist unsere Zukunft.‘ Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11010.

Auch wenn man die spontanen Assoziationen zum Stichwort „Europa“ erfragt, erhält man heute alles in allem die gleichen Antworten wie vor Beginn der Finanzkrise. Seit dem Jahr 2003 schwankt der Anteil derjenigen, die sagen, man könne bei „Europa“ an Frieden denken, zwischen 67 und 85 Prozent. Im Juli 2013 lag er bei 71 Prozent, mitten in der gewohnten Bandbreite.¹⁶ Die Zahl derer, die beim Stichwort „Europa“ an „Einheit“ denken, sank von 2008 bis 2012 von 50 auf 39 Prozent, doch der Wert von 2008 war auch im Vergleich zu früheren Jahren außergewöhnlich hoch. 2013 lag die Zahl immerhin wieder bei 43 Prozent und damit im Mittelfeld der Ergebnisse aus den vorangegangenen 12 Jahren.¹⁷ Auch der Anteil der Bürger, die mit „Europa“ Niedergang assoziieren, hält sich nach wie vor in engen Grenzen. Er stieg zwar von 2008 auf 2012 von 8 auf 19 Prozent,¹⁸ doch schon 2001 hatten 21 Prozent die gleiche Antwort gegeben.¹⁹ 2013 waren es mit 15 Prozent wieder merklich weniger.²⁰

15 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10020, 10053, 10064, 10066, 10067, 10082, 10083, 10087, 10094, 11000, 11010.

16 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11010.

17 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10020, 10086, 11010.

18 Ebenda.

19 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7007.

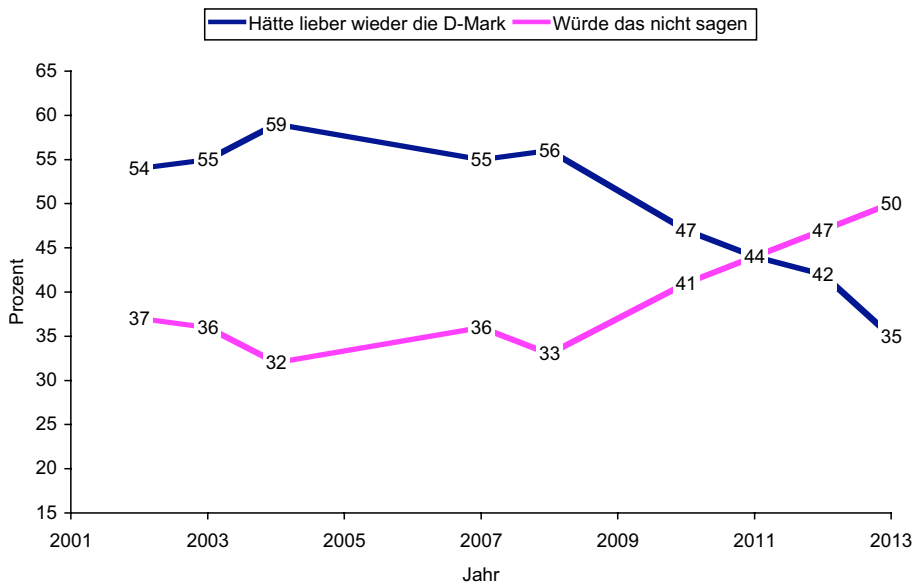
20 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11010.

Wachsende Wertschätzung des Euro

Auffällig ist, dass das Ansehen des Euro in den Jahren, in denen oft von einer „Euro-Krise“ die Rede war, nicht nur nicht dauerhaft beschädigt worden ist, sondern dass der Euro sogar deutlich an Rückhalt in der Bevölkerung gewonnen hat. Zwar sank in der Zeit von 2009 bis 2011 die Zahl der Deutschen, die sagten, sie hätten großes Vertrauen in den Euro, von dem bis dahin ungewöhnlich hohen Wert von 44 Prozent auf 17 Prozent, doch 2013 lag er wieder bei 28 Prozent und damit auf dem seit langem gewohnten Niveau.²¹ Noch bemerkenswerter sind die Antworten auf die Frage „Hätten Sie lieber wieder die D-Mark, oder würden Sie das nicht sagen?“ Seitdem die Frage im Jahr 2002 zum ersten Mal gestellt wurde, sagte stets eine deutliche Mehrheit der Befragten, ihnen wäre die D-Mark lieber als der Euro. Dies änderte sich ausgerechnet im kritischen Jahr 2011, als zum ersten Mal der Anteil derjenigen, die sich die alte Währung nicht zurückwünschten, mit 44 Prozent gleich groß war wie die Zahl der D-Mark-Anhänger. Im Juli 2013 sagten 50 Prozent, sie wünschten sich die D-Mark nicht zurück. Nur noch etwas mehr als ein Drittel, 35 Prozent, widersprachen (Grafik 3). Mit diesen Antworten korrespondiert auch der Optimismus der Bevölkerung, dass der Euro auf Dauer Bestand haben wird. Auf die Frage „Wie schätzen Sie das ein: Glauben Sie, dass es in zehn Jahren noch den Euro geben wird, oder haben Sie da Zweifel?“ antworteten ebenfalls im Juli 2013 51 Prozent, sie glaubten, es werde die Gemeinschaftswährung auch in zehn Jahren noch geben. 39 Prozent meinten, da hätten sie Zweifel.²²

Grafik 3: Die D-Mark-Nostalgie schwindet

Frage: „Hätten Sie lieber wieder die D-Mark, oder würden Sie das nicht sagen?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11010.

21 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10047, 10076, 11010.

22 Allensbacher Archiv, ifD-Umfrage Nr. 11010.

Das gestärkte „Markenbild“ Europas

Man bekommt den Eindruck, dass die Europäische Einigung den Deutschen trotz aller Skepsis angesichts der finanziellen Risiken, die die Rettungsprogramme für die Krisenstaaten in Europa mit sich bringen, eher wieder mehr am Herzen liegt als zuletzt. Was ist der Grund für diese Entwicklung? Aufschluss bieten hier die Reaktionen auf eine Frage, bei der die Interviewer eine Liste mit verschiedenen Aussagen über die Europäische Union überreichten mit der Bitte an die Befragten, die Punkte zu nennen, die auch sie mit der EU verbinden. Die Frage wurde zum ersten Mal im Jahr 2006 gestellt. Vergleicht man die damaligen Antworten mit denen des Jahres 2013, dann fällt auf, dass die Befragten heute die meisten Punkte häufiger auswählen als vor sieben Jahren, und zwar sowohl die negativen als auch die positiven. 2006 sagten 40 Prozent, die Europäische Union bedeute für sie eine wuchernde Bürokratie, heute meinen dies 60 Prozent. Regulierungswut verbanden vor sieben Jahren 32 Prozent mit der EU, heute sind es 60 Prozent. In der gleichen Zeit ist aber auch der Anteil derer, die beim Stichwort Europäische Union an Sicherheit vor Kriegen in Europa denken, von 55 auf 62 Prozent gestiegen, bei der Aussage „Ein Europa ohne Grenzen, in dem man ungehindert reisen und seinen Beruf ausüben kann“, ist ein Zuwachs von 62 auf 72 Prozent zu verzeichnen.²³ Zählt man alle positiven sowie alle negativen Aussagen über Europa zusammen und bildet den Durchschnitt, dann erkennt man die Veränderung deutlich: Der durchschnittliche Prozentwert, der auf alle zur Auswahl gestellten positiven Aussagen entfiel, lag im Jahr 2006 bei 49, im Jahr 2013 bei 53. Die durchschnittliche Zahl der Befragten, die die negativen Aussagen auswählten, stieg in der gleichen Zeit²⁴ von 40 auf 59 Prozent (Grafik 4). Man sieht, dass sich das Gesamtbild Europas tendenziell zwar durchaus ins Negative verschoben hat – der Zuwachs ist bei den negativen Aussagen stärker –, doch der bedeutsamere Befund ist, dass sich das Profil Europas insgesamt geschärft hat.

Die Bedeutung eines solchen Antwortmusters ist aus dem Bereich der Konsumgüter-Marktforschung gut bekannt. Der wesentliche Unterschied zwischen starken und schwachen Marken besteht darin, dass die starken Marken bei den Verbrauchern oft gar keine grundsätzlich anderen Vorstellungen auslösen als die schwachen Marken, sondern lebendigere, farbigere. Ermittelt wird dies, indem man den Befragten eine Vielzahl von Eigenschaften auf einer Liste oder auch auf Kärtchen vorlegt mit der Bitte, alle Aussagen auszuwählen, die ihrer Ansicht nach auf das betreffende Produkt zutreffen. Meist zeigt sich dann bei der Analyse, dass sich die Markenprofile der starken und der schwachen Marken nicht in ihrer Grundstruktur unterscheiden, aber jede einzelne Aussage wird von den Befragten den starken Marken deutlich häufiger zugeordnet als den schwachen. Die führenden Marken sind stärker in den Vorstellungen der Verbraucher präsent, die Assoziationen lebhafter.²⁵

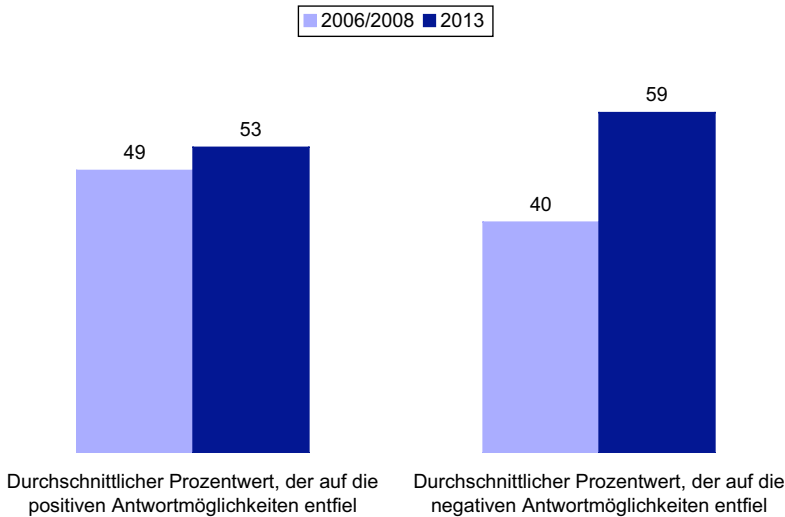
23 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7069, 11010.

24 Bei einer negativen Aussage wurden die Zahlen des Jahres 2008 zugrunde gelegt, weil Vergleichswerte aus dem Jahr 2006 nicht vorliegen.

25 Thomas Petersen: Markenkultur hat Zukunft. In: Getränkezeitung vom 14. August 2003, S. 20.

Grafik 4: Die Vorstellungen von Europa werden klarer

Frage: „Hier auf der Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere gesagt haben, was die Europäische Union für sie bedeutet. Was davon würden auch Sie sagen, was bedeutet die EU für Sie?“ (Listenvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7069, 10020, 11010.

Dasselbe Prinzip ist auch immer wieder in der politischen und der Gesellschaftsforschung zu beobachten. Im Bundestagswahlkampf 2009 hatte der damalige SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier gegen Bundeskanzlerin Merkel auch deswegen so schlechte Chancen, weil ihm im Großen und Ganzen die gleichen Eigenschaften zugesprochen wurden wie der Amtsinhaberin. Die Rangfolge der Eigenschaften, die beiden Kandidaten zugeschrieben wurden, waren fast identisch, nur dass Steinmeier, weil er der Bevölkerung weniger vertraut war als die Bundeskanzlerin, in nahezu allen Punkten schwächer abschnitt als Merkel. Es gab keinen Punkt, an dem er sich von der Amtsinhaberin positiv absetzen konnte,²⁶ im Gegensatz übrigens zu Peer Steinbrück im Bundestagswahlkampf 2013.²⁷

Die Umfrageergebnisse zur Europäischen Union sind nun analog zu den Erkenntnissen aus der Markt- und Wahlforschung zu deuten. Sie zeigen, dass die Schuldenkrise das Thema Europa mehr als bisher ins Bewusstsein der Bürger gehoben hat. Wie bei einer starken Produktmarke sind dabei die Vorstellungen von der Europäischen Union, die lange Jahre verschwommen geblieben waren, vergleichsweise plastisch und lebendig geworden, mit ihren negativen, aber eben auch mit ihren positiven Aspekten.

26 Thomas Petersen: Das gleiche Profil, nur stärker geprägt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. September 2009, S. 5.

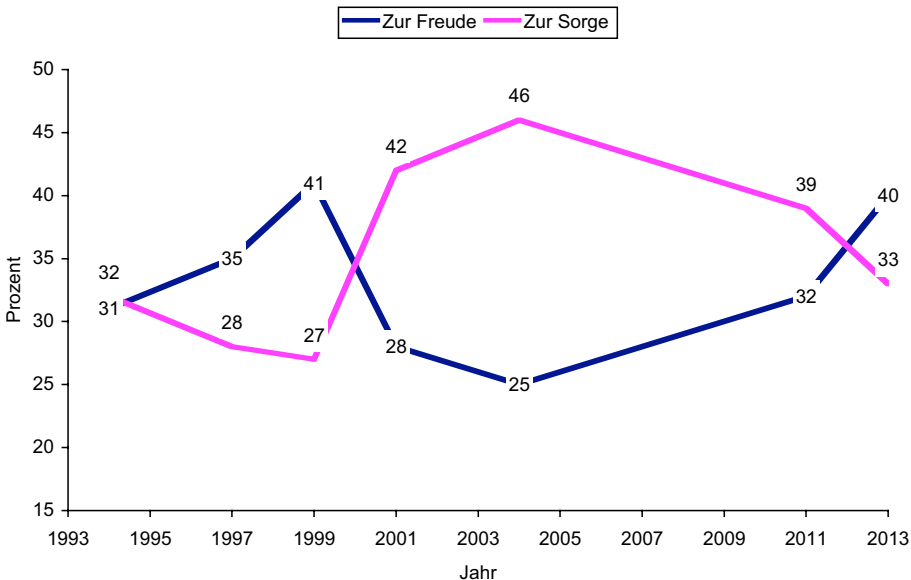
27 Thomas Petersen: Kämpferische Sozialdemokraten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. September 2013, S. 8.

Europa rückt stärker ins Zentrum des Interesses

Welcher Wechsel der Atmosphäre sich zugetragen hat, lässt sich vielleicht am besten an einem – zugegebenermaßen nicht repräsentativen – Fallbeispiel illustrieren. Am 17. Juli 2013 veröffentlichte der Autor dieses Beitrags einen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in dem das wieder wachsende Vertrauen der Deutschen in die Europäische Union dargestellt wurde.²⁸ Bereits einen Tag, nachdem der Text auf der Internetseite der Zeitung erschienen war, gab es mehr als 300 Leserkommentare, zehn Mal so viele wie sonst bei vergleichbaren Artikeln zu anderen Themen.²⁹ In den allermeisten Fällen handelte es sich um empörten Widerspruch. Doch wichtiger als der konkrete Inhalt der Kommentare war der Umstand, dass das Thema Europa überhaupt so viele Menschen aufregte. Wenige Jahre zuvor hätte ein Artikel gleichen Inhalts kaum Reaktionen hervorgerufen.

Grafik 5: Die Einigung Europas – Grund zur Freude oder zur Sorge?

Frage: „Ist die Einigung Europas, die Europäische Union, für Sie eher Anlass zur Freude oder eher zur Sorge?“



An 100 fehlende Prozent: „Unmöglich zu sagen“

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11010.

Über viele Jahre hinweg war die Europäische Einigung für die meisten Deutschen ein Randthema. Unter der Oberfläche eines durch die Tagespolitik bestimmten Ärgers über eine angeblich überbordende Bürokratie war die Haltung der Bürger von einer lauwarmeren aber letztlich desinteressierten und zunehmend weniger überzeugt vorgetragenen Zustimmung geprägt. Vor allem in den letzten Jahren vor Ausbruch der Finanzkrise war

²⁸ Thomas Petersen: Das Vertrauen in die EU wächst. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Juli 2013, S. 8.

²⁹ <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/neue-allensbach-analyse-das-vertrauen-in-die-eu-waechst-12284506.html>.

das Interesse an der Europäischen Einigung in der Bevölkerung deutlich zurückgegangen.³⁰ Das hat sich inzwischen gründlich geändert. Es ist, als hätte die Krise die Bevölkerung wachgerüttelt und mit allen Sorgen auch das Bewusstsein dafür geweckt, was auf dem Spiel steht, wenn die europäische Integration scheitert. So stimmten im Juli 2013 63 Prozent der Befragten der Aussage zu „Trotz aller Schwierigkeiten, die wir zurzeit in Europa haben, gehören wie Europäer letzten Endes zusammen.“³¹ Und auf die Frage „Ist die Einigung Europas, die Europäische Union für Sie eher Anlass zur Freude oder eher zur Sorge?“ antwortete in der gleichen Umfrage eine relative Mehrheit von 41 Prozent, die Einigung sei für sie ein Grund zur Freude. Das waren so viele wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr (Grafik 5).

Ein wenig lässt sich die Lage vielleicht mit der Situation der CSU in den Jahren nach der Landtagswahl vom 28. September 2008 vergleichen. Damals hatte die Partei mit 43,4 Prozent der Wählerstimmen ein für ihre Verhältnisse außerordentlich schlechtes Wahlergebnis erzielt und die absolute Mehrheit im Landtag verloren. Parteichef Erwin Huber und Ministerpräsident Günther Beckstein traten zurück, Horst Seehofer übernahm beide Ämter. Schon bald danach begannen die Parteizahlen für die CSU in den Umfragen wieder zu steigen.³² Zur Begründung der Entwicklung erläuterte eine CSU-Politikerin in einem persönlichen Gespräch, es sei der Partei gelungen, die Bierzelte wieder zu füllen. Anders als vor der Wahl zöge die CSU in ihren Veranstaltungen wieder die Aufmerksamkeit der Bürger auf sich. Dabei erführe man als CSU-Vertreter keineswegs überwiegend Zustimmung. Im Gegenteil: Die Menschen schimpften kräftig auf die Partei, vielleicht mehr als zuvor. Doch immerhin beschäftigten sie sich wieder intensiver mit der Politik der CSU, hielten es offenbar für notwendig, sich mit ihr auseinanderzusetzen, was heißt, dass sie ihr wieder eine größere Bedeutung zuschrieben. Von einer Situation, in der die Vertreter der Europäischen Union Bierzelte füllen, ist man in Deutschland noch weit entfernt. Doch es scheint, als habe die Gesellschaft immerhin einen Schritt in diese Richtung vollzogen. Europa ist für die Deutschen wieder wichtiger geworden.

30 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009. Baden-Baden: Nomos 2010, S. 309-316. Dort bes. S. 309-310.

31 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11010.

32 Vgl. hierzu <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/bayern.htm>.